

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 21./22./23.04.2021

43 Tagesordnungspunkte umfasste die dreitägige Landtagssitzung im April. Zahlreiche Anträge und Debatten zu sehr vielfältigen Themen hatte die Fraktion DIE LINKE eingebracht. Ein Schwerpunkt waren außerdem die Abschlussberichte der sechs Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und der Enquete-Kommission zur Gesundheitsversorgung und Pflege.

#Große Anfrage

Dreißig Jahre Sachsen-Anhalt in der Bundesrepublik

Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung von Sachsen-Anhalt im Oktober 2020 hatte die Fraktion DIE LINKE eine Große Anfrage gestellt. Dabei ging es um einen Vergleich der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Einwohner*innen des Landes sowie eine Analyse der Entwicklungen, die das Land seit der Wiedervereinigung durchlaufen hat. Die Antworten der Landesregierung zeigen, dass auch nach drei Jahrzehnten immer noch gravierende Unterschiede und Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West bestehen.

Dazu sagte die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern*: „Die friedliche Revolution 1989 jährt sich zum 32. Mal und es wichtig, dass wir eine ehrliche Bilanz ziehen, [...]. Ostdeutschland und damit auch Sachsen-Anhalt spielte und spielt nach wie vor für die Bundesregierung eine untergeordnete Rolle. [...] Was setzt unsere Landesregierung dagegen? In unregelmäßigen Abständen erklärt Ministerpräsident Haseloff, dass es zu wenig Ostdeutsche bundesweit in Führungspositionen gibt, fordert gar eine Ost-Quote [...] Bloßes wiederholtes Anprangern in den Medien hilft jedoch nicht. Konkrete Taten sind gefragt.“ Es brauche einen respektvollen Umgang mit den Menschen in Ostdeutschland. Ziel der Linken sei es, dass solche Missstände der Vergangenheit angehörten und Gerechtigkeit zwischen Ost und West und gern auch zwischen Nord und Süd hergestellt werde. „Wir brauchen endlich Lohn- und Rentengerechtigkeit, vielfältige Karrierewege und Identifikationsmöglichkeiten für Ostdeutsche sowie eine wirksame Sicherung vor Armut in Familien und im Alter.“, sagte die Fraktionsvorsitzende.

Bleibe der Umgang mit Ostdeutschland so, finde kein Umdenken statt, werden die Menschen weiter abgehängt, werde sich Ostdeutschland weiter von demokratischen Werten entfremden. „Wir erleben derzeit einen erheblichen Vertrauensverlust in politische Entscheidungen. Im Osten ist dieser Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien noch erheblich höher.“

Arbeitnehmer*innen in Sachsen-Anhalt arbeiten bundesweit am längsten, zwei Stunden länger pro Woche, bekommen aber 6,16 Euro weniger als Westdeutsche in der Stunde. Das ist ein Skandal! [...] Immer noch steigt die Zahl derer, die von einem Job nicht leben können...“, so von Angern weiter. Auf unser Land rolle eine Lawine viel zu kleiner Renten zu. Daher lauten die Forderungen: höhere Löhne und eine höhere Tarifbindung, 13 Euro Mindestlohn bundesweit, eine große Steuerreform, die die Ärmsten entlastet und vor weiterer Armut schützt und die Reichsten und damit meine ich Multimillionäre und Milliardäre und die Gewinner der Pandemie, die es eben sehr wohl gibt, zur Kasse bittet. Wir fordern eine Kindergrundsicherung im Bund und ein flächendeckendes Netz früher Hilfen in den Kommunen.

„Wir werden weiterhin thematisieren, welche Folgen es hat, dass knapp 700 Kilometer Schienen im Land stillgelegt worden, dass fast 100 Bahnhöfe und Haltepunkte geschlossen wurden, und dass hingegen dazu die Investitionen in den motorisierten Individualverkehr stetig steigen. Wir werden weiter thematisieren, dass ein sozialer Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt quasi nicht existiert. Wir werden die großen Verwerfungen im Gesundheitssystem thematisieren, die durch Privatisierungswahn entstanden sind. Außerdem werden wir in der nächsten Wahlperiode auch über die Personalpolitik in den Schulen, der Polizei und Landesverwaltung zu reden haben. Große

Baustellen liegen vor uns. Wir müssen jetzt handeln!“, schloss die Fraktionsvorsitzende ihren Debattenbeitrag.

Die Fraktion DIE LINKE hat aufgrund der Ergebnisse der Großen Anfrage einen Antrag vorgelegt, in dem der Landtag der 7. Wahlperiode die nachfolgenden Landtage und Landesregierungen auffordern soll, sich zur Überwindung der Ost-West-Ungerechtigkeiten und der Wirtschaftskrise unter anderem folgenden Ziele zu setzen:

- Lohnoffensive Ost, Niedriglöhne überwinden, Nulltoleranz-Politik bei Kinderarmut,
- Abwanderung stoppen, ostdeutschen Nachwuchs fördern,
- Ostrenten vor der Bundestagswahl zu 100 Prozent angleichen und Rentenniveau für alle anheben,
- Bessere Verkehrsanbindung in ländlichen Regionen,
- Gute Bezahlung für Pflege- und Gesundheitsberufe und bezahlbare Pflege,
- Verödung der Innenstädte und des ländlichen Raums stoppen und
- einen finanziellen Lastenausgleich in der Krise.

#Aktuell debattiert

Situation der Beschäftigten im Gesundheitswesen verbessern

Pflegebeschäftigte in allen Bereichen leisteten nicht erst seit der Corona-Pandemie eine verantwortungsvolle, physisch und psychisch anspruchsvolle Arbeit, die für die gesamtgesellschaftliche Daseinsvorsorge eine erhebliche Bedeutung habe, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Mit unserem Antrag fordern wir daher die Landesregierung unter anderem dazu auf, sich auf Bundesebene für allgemeinverbindliche Tarifverträge für Pflegebeschäftigte einzusetzen und eine einmalige Corona-Sonderzahlung für nichtärztliche Beschäftigte in der Gesundheitsversorgung in Höhe von 1 500 Euro auszureichen.

Die gleichzeitig zum Thema eingereichte aktuelle Debatte der Fraktion Die LINKE nutzte die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern* zu klaren Ansagen: „Mehr als 80.000 Menschen sind seit Ausbruch der Pandemie verstorben. Eine schreckliche Zahl, hinter jeder Zahl steht ein persönliches Schicksal, stehen trauernde Angehörige, denen ich mein Beileid ausspreche. Viele Erkrankte können durch die zügige Entwicklung von Impfstoffen gerettet werden. Hier bleibt unsere Forderung nach Freigabe der Impflizenzen, um mehr Menschen mit Impfstoffen versorgen zu können. Die Lebensretter*innen vor Ort sind aber die Ärzt*innen und Pflegekräfte. Ihnen gilt unser Dank, denn die Lage ist ernst.“

Die Probleme, [...], sind hausgemacht. Die Grundlagen wurden gelegt, als viele Kommunen sich von ihren Krankenhäusern trennen und privatisieren mussten. Privatisierung ist eben entgegen konservativer und vor allem neoliberaler Ansicht kein Allheilmittel. Mich stößt schon das Wort „Gesundheitsmarkt“ ab. Es geht um Profit und um nichts anderes!“

Die Beschäftigten, ihre Motivation und Leidenschaft mit klaren Anreizen wie bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und genügend Erholungszeiten müssten unterstützt werden. Deshalb fordert Fraktion DIE LINKE eine einmalige Corona-Sonderzahlung für Beschäftigte in der Gesundheitsversorgung von 1500 Euro, die auch weitere Bereiche wie die Beschäftigten in Senioren- und Pflegeeinrichtungen, die Eingliederungs- und Behindertenhilfe, MTAs, Beschäftigte der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Reinigungs- und Servicekräfte umfassen soll. „Wir benötigen dringend ein Umdenken in der Gesundheitspolitik: Es geht um die Gesundheit der Menschen und nicht um Profite!“, sagte Eva von Angern zum Abschluss.

#Gesundheitswesen

Enquete-Kommission legt Abschlussbericht vor

Nach mehr als zwei Jahren Tätigkeit beendete die 10. Enquete-Kommission „Die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt konsequent und nachhaltig absichern!“ ihre Arbeit und legte den Abschlussbericht vor. Dazu wurde in vier Punkten Einigkeit erzielt und gemeinsame Empfehlungen abgegeben. So sollen bei der Entwicklung und Sicherung der medizinischen Versorgung insbesondere sektorenübergreifende Strukturen und Arbeitsweisen, digitale und telemedizinische Lösungen sowie die Notfallversorgung in den Blick genommen werden. Eine generalisierte Pflegeausbildung soll der Stärkung der Gesundheitsberufe dienen. Barrierefreier Zugang und Versorgung von Menschen mit Behinderungen müssen unbedingt weiterverfolgt und Handlungsempfehlungen zum künftigen Umgang mit Pandemien in Sachsen-Anhalt erarbeitet werden.

Trotzdem sah die Fraktion DIE LINKE zu diesen Punkten auch Differenzen und hat deshalb ein Sondervotum formuliert, z.B. zu Notwendigkeit einer stringenten Krankenhausplanung und -finanzierung. Auch die Idee der Schaffung eines Klinikverbundes unter Beteiligung des Landes haben wir vorgebracht, um so auch private Krankenhausträger in die öffentliche Hand zurückführen zu können. Viele weitere Punkte umfassen die Vorschläge unserer Fraktion, die der *Sprecher für Verwaltungsmodernisierung Swen Knöchel* in seinem Debattenbeitrag unterbreitete. Zum Beispiel müsse das Land die Bestrebungen von Kommunen, die Praxisnachfolge im ländlichen Raum zu regeln, unterstützen. Für junge Ärzt*innen müssten realistische Arbeitsbedingungen geschaffen werden, so z.B. Teilzeitangebote, Stellensplitting, wirklicher Bürokratieabbau etc. Natürlich spielte auch die immer noch mangelhafte Digitalisierung im Land eine Rolle, sowohl beim Ausbau der Infrastruktur als bei der Klarheit von Strukturen und Zuständigkeiten.

#Links wirkt

Zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE wurden in zweiter Beratung im Plenum aufgerufen. Die Beschlussempfehlungen aus den Ausschüssen haben dabei die wesentlichen Grundforderungen unserer Ursprungsanträge aufgegriffen – ein Erfolg unserer Beharrlichkeit.

Förderung des europäischen Jugendaustausches

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE vom Mai 2019 sollte die Landesregierung aufgefordert werden, die Initiative „Europa erleben – Europa stärken!“ ins Leben zu rufen. Ziel der Initiative sollte es sein, dass spätestens 2025 möglichst jeder junge Mensch Sachsen-Anhalts die Chance erhält, mindestens einmal vor seinem 25. Geburtstag den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können. Das Problem bei der Umsetzung bisher war laut der *bildungspolitischen Sprecherin Monika Hohmann*, dass in Sachsen-Anhalt für den internationalen Jugendaustausch eine Zuständigkeit verschiedener Ministerien bestehe, die oftmals nicht viel voneinander wüssten. Außerdem seien die Fördermöglichkeiten vorwiegend von den Gymnasien genutzt worden, während von den Sekundar- und den Förderschulen kaum Anträge gestellt wurden. Auch die Anforderungen für das Antrags- und Abrechnungsverfahren wären sehr hoch angesetzt.

Wenngleich zwei Punkte unseres Antrages in der Beschlussempfehlung nicht berücksichtigt wurden, so sehen wir die Chance, diese in der nächsten Legislaturperiode wieder aufzunehmen, sodass wir irgendwann sagen können: „Jeder junge Mensch, in Sachsen-Anhalt, ist wenigstens einmal in der Zeit bis zu seinem 25. Lebensjahr in Europa gewesen.“, sagte Monika Hohmann am Ende.

#Kinderarmut

Im Oktober 2020 hatte die Fraktion DIE LINKE beantragt, das Kompetenzzentrum der Wirtschafts- und Sozialpartner nach Auslaufen der Förderperiode auch im nächsten Förderzeitraum von 2021 bis 2027 weiterzuführen und mit mindestens 75.000 Euro jährlich vom Land zu unterstützen. Dieses Kompetenzzentrum ermöglicht den WiSo-Partnern eine Mitwirkung und Unterstützung in Bezug auf die drei EU-Fonds ESF, EFRE und ELER. Diesem Vorschlag sind die an der Beratung beteiligten Ausschüsse gefolgt. Dazu sagte die *haushaltspolitische Sprecherin Kristin Heiß*: „Dieser Antrag sorgte offenbar für Aufruhr in der Koalition. Das merkten wir erstens daran, dass er in vier Ausschüsse überwiesen wurde. Wirtschafts-, Europa, Sozial- und Finanzausschuss beschäftigten

sich damit. Und zweitens, dass der Antrag zusätzlich auch noch im Koalitionsausschuss diskutiert wurde.“

„Das zeigt ja, dass wir offenbar ein wichtiges Thema angesprochen haben. Merken konnte man das auch daran, mit welcher Vehemenz sich das Finanzministerium gegen die Finanzierung des Kompetenzzentrum wehrte. 75.000 Euro für die WiSo-Partner heißen eben 75.000 Euro weniger für die EU-Verwaltungsbehörde im Finanzministerium. Fachlich ist das Aufbäumen nachvollziehbar, politisch nicht. Die EU hat ein Partnerschaftsprinzip etabliert, dass eben eine Partnerschaft mit vom Finanzministerium unabhängigen WiSo-Partner vorsieht.“, so Kristin Heiß weiter.

#Ausbildung

Azubiticket

Bereits im Mai 2018 hatte die Fraktion DIE LINKE die Einführung eines landesweiten Azubitickets gefordert, mit dem die Fahrtkosten zum Ausbildungsbetrieb und zur Berufsschule sowie alle Studierenden Fahrtkosten zur Fachhochschule und Universität erstattet bekommen. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr sieht mehrheitlich den genannten Antrag aufgrund der bereits erfolgten Einführung des Azubitickets als erledigt. Dass dies dem Antrag jedoch nicht gerecht wird und die Fraktion deshalb gegen die Beschlussempfehlung stimmt, erklärte die *ausbildungspolitische Sprecherin Doreen Hildebrandt*: „Sie haben gemerkt, dass unsere erste Forderung darin bestand, die Richtlinie, kurz RabAz, so zu ändern, dass alle Auszubildenden und Studierenden einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung haben. Das ist nicht passiert. Unsere zweite Forderung war, die Schuljahrgänge 11 und 13 so zu stellen, dass sie den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Das ist nicht erfolgt. Unsere dritte Forderung war, das Azubi-Ticket einzuführen. Das ist gelungen. Das freut uns auch sehr. Wir haben auch ein landesweites Ticket für Studierende gefordert. Das ist nicht passiert. Unsere vierte Forderung war, den ÖPNV auszubauen. [...] Aber auch da tut sich lange nichts.“

Die Beschlussempfehlung, die Sie hier vorgelegt haben, behauptet jetzt, dass die Forderungen erledigt sind, weil das Azubi-Ticket eingeführt worden ist. Das ist so, als wenn ich einen Pubertierenden auffordere, sein Zimmer aufzuräumen, und der feiert sich dafür, dass er seine dreckigen Socken in die Wäsche getragen hat. [...] Wir werden weiter dafür einstehen, dass es endlich Gerechtigkeit bei den Fahrtkosten für Schülerinnen, für Azubis, für Berufsschülerinnen, für Studierende und für Freiwilligendienstleistende gibt.“

#Attentat in Halle

Unzureichende Aufarbeitung im 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Als einer von sechs parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA) legte auch der 19. PUA seine Abschlussbericht vor. Aufgrund der geringen Zeit zwischen Abschluss der Untersuchungen bis zur Berichterstattung im Landtag hat die Fraktion DIE LINKE kein Sondervotum vorgelegt, sondern ihre Einschätzung der Ergebnisse im Nachgang in einem eigenen ausführlichen Bericht erörtert.

Die *Sprecherin für Innenpolitik und Strategien gegen Rechts Henriette Quade* kritisierte in der Aussprache zum Bericht erneut Instrument und Vorgehensweise: „Für meine Fraktion war von Beginn an klar: Dieser Untersuchungsauftrag ist grundsätzlich nicht geeignet, den Anschlag von Halle aufzuarbeiten. Einerseits weil Fragen der Arbeit der Sicherheitsbehörden, Strukturen, Analyseinstrumente und Schlussfolgerungen grundsätzlich im Innenausschuss zu bearbeiten sind. Andererseits weil der Untersuchungsauftrag die zentralen Fragen ausgeklammert: Die der Motivation des Täters und der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen rechten Terrors und natürlich ist es kein Zufall, dass die extrem rechte AfD aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten diesen wesentlichen Aspekt nicht untersuchen wollte. Die AfD-Fraktion hat diesen Ausschuss benutzt, um sich in widerlicher Weise als Beschützerin von Jüdinnen und Juden zu inszenieren, während Teile der Fraktion dieselbe rechtsextreme Ideologie vom ‚großen Austausch‘ verbreiten, wie der Attentäter, der versuchte die Betenden in der Synagoge in Halle zu ermorden.“

Meine Fraktion hat die Arbeit im Ausschuss trotz der offensichtlichen Defizite und Fehlkonstruktionen sehr ernst genommen und aktiv mitgestaltet. Der eigentliche Erkenntnisgewinn fand für uns allerdings im Prozess statt. Es waren die Nebenkläger*innen, die diesen Prozess aktiv gestaltet haben. Die Tiefe ihrer Analysen, insbesondere auch der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von rechtem Terror, stehen im deutlichen Gegensatz zur Tiefe der Reflektion in den Behörden.

Festzustellen ist zudem ein erheblicher Darstellungsunterschied zwischen Polizei und Betroffenen in Bezug zum Umgang mit den Überlebenden des Anschlags. Dazu wäre viel zu sagen, zusammengefasst hat es Rabbiner Borovitz mit dem Satz: ‚wir fühlten uns eher als Verdächtige behandelt, als als die Opfer, die wir waren‘. Die Einsatzleitung sprach indes von einem problemfreien Ablauf und dass sie von Problemen erst durch Presseberichte erfahren habe. Das spricht für ein erhebliches Wahrnehmungs -und Kommunikationsdefizit, das bis heute nicht behoben ist. Die Feststellungen im Bericht zur Opferarbeit des Innenministeriums konnten jedenfalls von den im Ausschuss gehörten Betroffenen nicht geteilt und nachvollzogen werden.“

DIE LINKE will daher auch in der 8. Wahlperiode zentrale Fragen zum Anschlag weiter aufarbeiten und setzt sich für eine Enquetekommission ein, die Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft und die Entwicklung rechter Gewalt und rechten Terrors behandelt.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 5. Mai 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im April 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.